

Gemeinsame Medienmitteilung

BJR und RFB treffen Regierungsrat Pierre Alain Schnegg

Neuenstadt/Biel, 15. Dezember 2016

Eine Delegation des Bernjurassischen Rats (BJR) und des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB) hat sich im November 2016 in Sonceboz mit Regierungsrat Pierre Alain Schnegg getroffen.

Ziel und Zweck dieses Treffens war es vor allem, die Bereitstellung ab 2017/2018 von Notfallplätzen für französischsprachige Jugendliche in die Wege zu leiten. Es ging auch darum, über den Stand verschiedener für den französischsprachigen Kantonsteil wichtiger Geschäfte aus dem Bereich der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) zu sprechen.

Schaffung von fünf bis sechs Notfallplätzen in Courtelary

Regierungsrat Schnegg sicherte den beiden Räten zu, dass am «Centre éducatif et pédagogique de Courtelary (CEPC)» fünf bis sechs sozialpädagogische Notfallplätze für französischsprachige Minderjährige geschaffen werden. Damit sollen die von den beiden Räten kritisierten fehlenden Platzierungsmöglichkeiten im französischsprachigen Kantonsteil behoben werden. Dadurch sollte die Zahl der ausserkantonalen Platzierungen von Minderjährigen aus der Region, die für den Kanton kostspielig sind und die betroffenen Jugendlichen verunsichern, reduziert werden können.

Die GEF entspricht damit einem langjährigen Wunsch der Region, der 2011 vom CEPC und danach mit Unterstützung von BJR und RFB von der PIEA (Plateforme des institutions pour enfants et adolescents) des Berner Juras und Welschbiels vorgebracht wurde. Die beiden Räte zeigen sich erfreut über dieses Vorankommen und wünschen, dass die Umsetzung 2017/2018 unter guten Voraussetzungen erfolgen kann.

Seitens der GEF wurde ebenfalls bestätigt, dass die «Versorgungsplanung 2015-2020 betreffend Kinder und Jugendliche mit einem behinderungsbedingtem oder sonstigem besonderen Pflege-, Betreuungs- oder Bildungsbedarf» aktualisiert und an die französischsprachige Region angepasst werden soll. Ziel dieser Aktualisierung sei es, eine realistischere Vision des Angebots und der Bedürfnisse in der Region zu erhalten und damit entsprechende Entscheide zu erleichtern. Die beiden Räte sollen zu einer weiteren Sitzung eingeladen werden, sobald die aktualisierten Zahlen verfügbar sind. Auf dieser Grundlage soll dann die Schaffung einer neuen Aufnahmestruktur für 15- bis 25-Jährige als Ersatz für das Jugendheim St. Immer geprüft werden.

Der BJR und der RFB wurden ebenfalls über die laufenden Entwicklungen des neuen kantonalpolitischen Konzepts zur schulischen Heilpädagogik informiert, bei dem es um die schulische Ausbildung und die therapeutische Betreuung der betroffenen Jugendlichen geht.

Suchthilfe

Die beiden Räte hatten im Rahmen der Vernehmlassung zur Reorganisation der Suchthilfe im Berner Jura Stellung bezogen. Der BJR hatte sich zugunsten einer spezifischen Lösung für den Berner Jura ausgesprochen. Unterstützt wurde er dabei vom RFB, der zudem eine Garantie verlangte, dass die französischsprachigen Hilfsangebote für Suchtmittelabhängige aus Biel aufrechterhalten bleiben. Die beiden Räte und Regierungsrat Schnegg konnten diese Fragen

ebenfalls erörtern. Der Gesundheitsdirektor erklärte, er werde erst nach einem Treffen mit den betreffenden Institutionen im Dezember 2016 entscheiden.

Notiz an die Redaktionen

Weitere Auskünfte erteilen:

- Für den BJR: Maurane Riesen, Präsidentin (Tel. 076 588 52 99), oder Lucas Bonadei, Generalsekretär (Tel. 031 633 75 73)
- Für den RFB: Pierrette Berger-Hirschi, Präsidentin (Tel. 079 287 47 15), oder David Gaffino, Generalsekretär (Tel. 031 633 75 55)